

## Neues aus dem Beschwerdeausschuss - Sitzung vom 13.09.2018

Hauptpunkt dieser Sitzung war der Antrag von drei Tierschutzvereinen, ein Verbot von **Pferden in allen Karnevalszügen** auszusprechen. Wegen der großen Zahl von Besuchern und Besucherinnen wurde die Sitzung in den Ratssaal verlegt. In einer weitgehend sachlich geführten zweistündigen Diskussion, wurden alle Aspekte des Tierschutzes und der Gefährdung von Menschen beleuchtet. Bereits im Arbeitskreis wurde die Stimmungslage und das wahrscheinliche Abstimmungsverhalten der anderen Parteien im Beschwerdeausschusses besprochen. Es war klar, dass im Beschwerdeausschuss nicht der von der Grünen Jugend initiierte Parteibeschluss abgestimmt wird und eine Mehrheit sich gegen das Pferdeverbot aussprechen wird. Der Arbeitskreis erarbeitete ein Kompromissangebot, dem sich die Grüne Ratsfraktion anschloss. In diesem Kompromissangebot sollte auf von Pferden gezogene Kutschen verzichtet, die Anzahl der Pferde halbiert und die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen zum Pferdeschutz endlich eingehalten und kontrolliert werden. Ziel war es mit diesem Kompromissvorschlag in Verhandlungen eine Zustimmung zu erhalten und den maximalen Schutz für Menschen und Tiere zu erreichen.

Als dies nicht gelang, aber zumindest die Chance bestand, während der Sitzung noch einen Teil durchsetzen zu können, haben wir diesen Antrag öffentlich eingebracht. Durch die öffentliche Diskussion darüber wurde deutlich, dass es uns darum ging nicht einfach nein zu sagen, sondern Verbesserungen zu erreichen. Gleichzeitig zeigte sich durch das entsprechende Abstimmungsverhalten von SPD, CDU und FDP wie sie zu dieser Frage stehen. Den Kompromissvorschlag nicht einzubringen hätte bedeutet, dass er politisch nicht existent gewesen wäre. In unseren Augen ein völlig falsches Signal mit Blick auf die Art und Weise, wie man in der Politik Dinge erreichen kann. In den Einzelabstimmungen regte sich nur die Linke, so dass mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP gegen uns und die Linke der Bürgerantrag für das Verbot von Pferden in Karnevalszügen abgelehnt wurde.

In der Frage, die **Schadstoffbelastung in Meschenich** zu verringern, schloss sich der Ausschuss dem Beschluss der BV Rodenkirchen an, der ein sofortiges LKW-Durchfahrverbot fordert.

In einem weiteren Antrag, in dem es um bessere **Spielangebote für unter sechs -jährige** auf öffentlichen Spielplätzen ging, beschloss der Ausschuss, im Gegensatz zum Vorschlag der Verwaltung, dass die Sache im Jugendhilfeausschuss beraten werden soll, weil die Petentin

deutlich machen konnte, dass ein alleiniges Spielangebot für über sechs -jährige auf öffentlichen Spielplätzen nicht sinnvoll sei.

Auch bei dem Antrag, bei B-Planverfahren **Kulturstandorte** zu retten, änderte der Ausschuss den Vorschlag der Verwaltung dahingehend ab, dass grundsätzlich bei B-Planverfahren verstärkt Kultur und Kreativstandorte in die Planung zu integrieren sind.

In einem letzten Beschluss zur Möglichkeit **Modellsport** insbesondere auf Kölner Gewässern zu betreiben, also etwa Schiffchen mit Elektroantrieb schwimmen zu lassen, forderte der Ausschuss, dass umgehend in bestimmten Gewässern solche Möglichkeiten geschaffen werden sollten und dass die Stadtordnung im Sinne des Petenten mittelfristig zu ändern sei. Bis auf den Beschluss zu Pferden in Karnevalszügen wurden alle Beschlüsse einstimmig gefasst.

Birgitt Killersreiter/Horst Thelen